Wolf Graf von Baudissin: Sicherheitspolitische Probleme unserer Tage

Professor Wolf Graf von Baudissin, geboren 1907, ist seit 1971 Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg.

Die Sehnsucht nach Frieden und Sicherheit ist ein urmenschlicher Trieb. Sie bedrängt uns im gegenwärtigen Augenblick in besonderer Weise und nimmt immer vehementere Formen an. Das hat gute Gründe: Unsere Welt wandelt sich immer schneller und tiefgreifender — allen voran der Süden. Veränderungen aber, seien sie nun kultureller, gesellschaftlicher, wirtschaftlicher oder zwischenstaatlicher Natur, schaffen neue Spannungen und schüren damit Ängste. Hinzu kommt, daß die gegenseitigen Abhängigkeiten ständig zunehmen. Jeder, aus welchen Gründen auch immer entspringende örtliche Zusammenstoß kann im Nu zu einem regionalen bzw. globalen Machtkonflikt eskalieren.

Zu alledem lockert sich das bislang bipolare Weltsystem; der Einfluß der beiden Führungsmächte schrumpft - denken wir nur an ihre Einwirkung aufeinander, auf ihre eigene Gesellschaft, auf ihre Verbündeten, auf die Neutralen und auf die Entwicklungsländer. Man mag das begrüßen oder beklagen — sicher ist, daß die Zahl der Entscheidungszentren zunimmt. Das macht den Ablauf der Weltpolitik unberechenbarer und damit unsicherer.

Die Bevölkerung in den ärmsten Zonen der Welt nimmt ständig zu. Die Probleme, die Hunger und unwürdige Lebensverhältnisse mit sich bringen, kulminieren. Die Rohstoff- und Energiereserven schwinden dahin; die Verteilungskämpfe werden härter. Es wächst die Gefahr, daß die Erde in absehbarer Zeit unbewohnbar wird.

Diese Tatsachen zwingen uns zu präziser Begriffsbestimmung. Verstehen wir unter Frieden einen Zustand, in dem es weder Konflikte noch Abhängigkeiten gibt, also eine alternative Welt? Oder bedeutet Nicht-Krieg bereits Frieden, sofern er mehr als bloßer Waffenstillstand ist? Beanspruchen wir totale Sicherheit gegenüber allen denkbaren Bedrohungen oder begnügen wir uns in Anerkennung der Sicherheitsbedürfnisse der Nachbarn mit begrenzter Vorsorge gegen politisch wahrscheinliche Gefahren? Begreifen wir, daß Konflikte und Krisen aller Art zum Alltag gehören und daß es nicht um ihre Abschaffung, sondern ihre friedliche Regelung geht?

Von der Antwort auf diese Fragen hängt Entscheidendes ab für das Selbstverständnis und das Umweltverhältnis der Gesellschaften, für ihr Friedensverhalten und ihr Sicherheitsbedürfnis.

Entspannungspolitik

Recht verstandene Entspannungspolitik setzt sich zum Ziel,

- zwischen den antagonistischen Systemen Beziehungen zu entwickeln, die es ermöglichen, sich gegenseitig als Gegebenheit, später vielleicht sogar als gleichwertiges Modell anzuerkennen, um damit Voraussetzungen für eine friedliche Koexistenz zu schaffen, die diesen Namen verdient;
- internationale Organe und Verfahren einzuführen, welche die bei wachsender Kooperation zunehmenden Reibungen verbindlich und gewaltfrei regeln;
- durch Zusammenarbeit auf möglichst vielen Gebieten gegenseitige Abhängigkeiten entstehen zu lassen, welche die Effizienz des Gegenübers nicht mehr als Bedrohung, sondern als Steigerung der eigenen Sicherheit erkennen helfen.

Der Entspannungsprozeß setzte ein, als sich beide Seiten entschlossen, die nicht regelbaren Konflikte, welche die Atmosphäre bislang bestimmt hatten, einzufrieren und das Gespräch über Fragen zu eröffnen, die sich ohne allzu große Kompromisse der Beteiligten regeln lassen würden. Beispiele dafür sind die Berlin- und Ost-Verträge sowie das Schlußdokument von Helsinki; sie lassen strittige Punkte bewußt offen und reihen gegensätzliche Positionen ohne Wertung aneinander.

Für den kritischen Beobachter bleibt es von Belang, daß der Entspannungsprozeß bisher keinen der ideologischen, macht- oder ordnungspolitischen Konflikte zu regeln vermochte. Ob man den herrschenden Zustand dennoch als „Frieden" bezeichnen darf, erscheint zumindest fraglich — insbesondere, wenn man an die Unvereinbarkeit der Friedens- und Entspannungskonzepte in Ost und West denkt.

Sicherheitspolitik

Im Zeichen des Kalten Krieges bestimmten die sicherheitspolitischen Notwendigkeiten mehr oder minder die gesamte Innen- und Außenpolitik. Mit fortschreitendem Entspannungsprozeß sollten sich Ziele, Strategien und Mittel der Sicher-

heitspolitik von den Normen der Detente ableiten. Vorsorge gegen Eingriffe von außen - insbesondere gegen solche mit militärischen Mitteln — bleibt weiterhin notwendig, sogar Voraussetzung dafür, daß die beteiligten Gesellschaften die empfindlichen Risiken des Entspannungsprozesses ohne allzu großes Widerstreben auf sich nehmen. Kennzeichnend für diese Politik ist es, daß einerseits die Aufrichtigkeit des Gewaltverzichts durch Abkehr von Überlegenheit und Undurchschaubarkeit der Absichten wie Mittel bezeugt, andererseits die Entschlossenheit, aber auch die Fähigkeit zur Gegengewalt glaubwürdig signalisiert wird.

In der Praxis sollte rationale Sicherheitspolitik sich bestreben, ihre Vorkehrungen auf die wahrscheinlichen und technisch möglichen Bedrohungen zu beschränken. Sie wird von dem Bewußtsein bestimmt, daß Sicherheit heute nicht allein durch militärische Eingriffe gefährdet ist; auch durch wirtschaftliche Maßregeln sind moderne Industriestaaten äußerst leicht zu verwunden — man denke etwa an die Schließung lebenswichtiger Märkte oder die Sperrung von Rohstoffen und Energieträgern. Es sind Gefährdungen, die mit knapper werdenden Ressourcen, doch ebenfalls mit dem Risiko zunehmen, das jeder kriegerische Konfliktaustrag für den Angreifenden mit sich bringt. Auf diesem nichtmilitärischen Sektor kann Bedrohungen in aller Regel nur mit politischen Mitteln begegnet werden, wie z. B. durch Kooperation, die das gemeinsame Interesse an der Erhaltung des Im- und Exports, aber auch an der Stabilität und Leistungsfähigkeit aller Beteiligten fördert. Die atmosphärische Abkühlung des Ost/West-Verhältnisses hat die wirtschaftlichen Beziehungen kaum beeinträchtigt; sie haben sich als krisenfest erwiesen. Das ist sicherheitspolitisch bedeutsam.

Mit wachsenden gegenseitigen Abhängigkeiten auf dem wirtschaftlichen Sektor wird auch die Erkenntnis Platz greifen, daß die andere Seite nicht nur der hartgesottene Antagonist, sondern auf entscheidenden Gebieten gleichzeitig ein unersetzlicher Partner ist. Eines von vielen Beispielen hierfür sind die außergewöhnlichen Energievorkommen in Sibirien. Ohne beträchtliche finanzielle, technische, betriebswirtschaftliche und ökonomische Hilfestellung des Westens dürfte es der UdSSR in absehbarer Zeit kaum gelingen, diese für sich und den eigenen Machtbereich, aber auch für devisenbringenden Export entscheidenden Schätze zu erschließen. Der Westen wiederum würde zunächst durch Know-how- bzw. Technologie-Export, später durch gesicherte Energieversorgung profitieren; für beide minderte sich die Abhängigkeit von unsicheren Lieferanten und ebenso die Gefahr, über südliche Ölquellen in Konfrontation zu geraten. Gleichzeitig beschleunigte derartige Kooperation die Weiterentwicklung der sowjetischen Industriegesellschaft, die über zunehmende Spezialisierung und Professionalisierung liberalere und pluralistischere Züge annehmen dürfte.

Auch die Militärstrategien dieser Sicherheitspolitik dienen der Vorsorge und Vorbeugung und damit der Kriegsverhütung. Die leitende Strategie kann heute nicht „Verteidigung" oder gar „Offensive" heißen, sondern „Abschreckung" — und

zwar bewußt gegenseitige. Ihre Logik zwingt zum Verzicht auf konkrete Feindbilder; sie setzt den Krieg zum Übel, dem nur gemeinsam vorgebeugt werden kann. Die andere Strategie nenne ich kooperative Rüstungssteuerung. Sie bietet gemeinsame internationale Steuerung der nationalen Rüstungsdynamik an, hilft ihren Schwung zu bremsen und konsequent zurückzudrehen. Das Optimum wäre eine Abschreckung auf beträchtlich gesenktem Niveau: mit weniger umfänglichen, weniger kostspieligen, aber auch weniger bedrohten und bedrohlichen Streitkräften auf beiden Seiten. Nicht zuletzt käme dies der sozialen Sicherheit wie auch der Entwicklungshilfe zugute.

Sicherheitspolitische Faktoren

Wenn ich recht sehe, werden in Zukunft drei Problemkreise die sicherheitspolitische Entwicklung in immer stärkerem Maße bestimmen: die Südkonflikte, Spannungen innerhalb der Lager und die bereits erwähnte Rüstungsdynamik.

Die Übertragung der Südkonflikte in die Ost/West-Dimension gefährdet den Entspannungsprozeß erheblich; das Engagement der Industriestaaten unterschiedlicher Lager bewirkt falsche Frontstellungen im Süden und führt diesen Konflikten zerstörerische Energien zu, die am Ort einen einigermaßen rationalen Austrag verhindern und globale Eskalationen begünstigen. Besonders augenscheinlich wird dies beim Transfer von modernen Waffen. In genauer Umkehrung zu der Zeit vor dem Olembargo im Nahen Osten ist der Waffenmarkt zu einem ausgesprochenen Käufermarkt geworden. Obendrein wird der Verkäufer in fataler Weise in die Politik seines Kunden verstrickt. Politische, insbesondere militärische Konflikte, an denen der Waffenbezieher beteiligt ist, machen dessen Feinde auch zu Gegnern des Lieferanten. Es gehört wenig Phantasie dazu, sich vorzustellen, wie Länder der Dritten Welt Industriestaaten mit weitreichenden Waffensystemen erpresserisch bedrohen, während die Armen der Vierten Welt ihrer Verzweiflung auf dem billigeren Wege mit Hilfe modern ausgerüsteter Terroristen Ausdruck geben.

Systeminterne Konflikte gab es in Ost und West auch zu Zeiten des Kalten Krieges; sie wurden nur durch ein übermächtiges Feindbild und allgegenwärtige Bedrohtheitsgefühle verdeckt. Inzwischen entwickelten sich die einst übersolidarischen „Blöcke" zu „Lagern", in denen die unterschiedlichen Interessen der einzelnen Mitglieder auf Regelung drängen. Am meisten fällt dies im Ostblock auf, weil es nach geltender Ideologie dort keine internen Konflikte mehr gibt und folglich auch keine Regelungsstrukturen bestehen. Wirtschaftliche Schwierigkeiten, Gegensätze der Nationalitäten, Dissidenten aller Art, die rumänischen Wünsche nach größerer außen- und sicherheitspolitischer Selbständigkeit und mehr noch der gesellschaftliche Wandel in Polen erschüttern das kommunistische Selbstverständnis; die Stabilität des Systems scheint ernstlich in Frage gestellt.

Im Westen treten die gegensätzlichen Interessen zwischen der Weltmacht und ihren Verbündeten noch unverhohlener zutage - zumal nachdem eine neokonservative Regierung die Verantwortung in Washington übernahm, während

in den meisten westeuropäischen Ländern Mitte-Links-Mehrheiten herrschen. Das Verhältnis von Welt- zu Europa-Politik, die Beurteilung sowjetischer Absichten und Möglichkeiten, die Bedeutung der Entspannung wie der Rüstungssteuerung, Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Entwicklungspolitik - um nur einige der heiklen Punkte zu bezeichnen — sind es, an denen sich Kontroversen entzünden.

In den Streitkräften aller Industriegesellschaften wächst die Dynamik der Rüstungsmodernisierung. Qualitativ neue Waffen werden in unabgestimmten und häufig unübersehbaren Schüben in die Potentiale eingeführt. Dieses gefährdet die Stabilität — nicht nur psychologisch. Man denke an die Modernisierung der eurostrategischen Systeme, mit welchen die UdSSR Mitte der 70er Jahre begann, während die NATO fast ein volles Jahrzehnt später zu folgen beabsichtigt. Solche Phasenverschiebungen schaffen Unruhe, bestätigen das Mißtrauen und treiben beide Seiten dazu, die Modernisierung immer mehr zu beschleunigen. Zudem werden Waffen technologisch möglich, die bei präziser Zielaufklärung bisher unbekannte Treffgenauigkeit auch über weite Entfernungen garantieren. Ihre Einführung würde im nächsten Jahrzehnt die bislang bestehende strategische Stabilität untergraben. Aus Kriegsverhütungspotentialen mit erheblicher Krisenfestigkeit drohen mögliche Kriegsführungspotentiale zu werden. Einhalt kann hier nur kooperative Rüstungssteuerung bieten. Sie sollte freilich in Abkehr von der bisherigen Methode nicht bei den bestehenden Potentialen, sondern bei den Rüstungsprogrammen vor deren Anlauf ansetzen. Der Brüsseler Doppelbeschluß von 1979 ist ein erstes Modell für diese Entwicklung.

Schlußbemerkung

Gewißheit, daß auf absehbare Zeit Sicherheit wenigstens vor militärischen Eingriffen besteht, ist eine entscheidende Voraussetzung für erfolgreiche Entspannungspolitik. Dabei geht es nicht um die oft gestellte Frage, ob tatsächlich in Ost oder West Aggressionsabsichten bestehen, sondern um die Tatsache, daß beide Seiten sie nicht ausschließen, gelegentlich sogar befürchten. Solche Ängste liegen nahe, wenn man an die verunsicherten Führungsmächte denkt. Auch technologische Sandkastenspiele mit Vergleichen beliebig herausgeschnittener Waffensysteme sind müßig. Hier hilft nur die rationale Frage, ob einzelne „Lücken" und Unausgeglichenheiten dem zeitweilig Überlegenen wirkliche Optionen, d. h. politisch nutzbare Einsatzmöglichkeiten eröffnen. Wer derartige Wahrscheinlichkeiten nicht an einer gewissen Rationalität der Handelnden mißt, kann jede Hoffnung auf eine etwas friedlichere Zukunft aufgeben.

Die sicherheitspolitische Grundforderung lautet, die gegebene strategische Stabilität nicht leichtsinnig zu verscherzen, sie vielmehr zu festigen als Basis und Aufruf für eine Entspannungs- und Entwicklungspolitik, die diesen vielschichtigen Problemen einigermaßen gerecht wird. Ich rate nicht zu Risiken auf dem sicherheitspolitischen Gebiet, wie sie in Gestalt einseitiger „Vorleistungen" diskutiert werden. Blei-

ben sie „symbolisch", werden sie nicht honoriert; greifen sie an die Substanz, führen sie zur Verunsicherung der eigenen Bevölkerung bzw. zur Auflockerung des Bündnisses. Doch scheint mir der Westen prädestiniert, größere Risiken auf dem Gebiet Interdependenz schaffender Kooperation einzugehen. Hier besitzen wir genügend Überlegenheiten, um das notwendige Selbstvertrauen zu entwickeln.

Die Zukunft wird konfliktreicher sein, als es die Vergangenheit war. Die bestehenden und kommenden Divergenzen lassen sich nicht aus der Welt schaffen; wir werden mit ihnen leben müssen. Das schaffen wir allerdings nur bei entsprechender Konfliktfähigkeit. Sie äußert sich nicht zuletzt in der Entschlossenheit, die häufig frustrierenden schrittweisen Regelungsprozesse auf allen Ebenen unserer politischen Existenz zu bejahen. Wir müssen uns damit abfinden, daß es in dieser komplizierten Welt keine klaren Ein-für-alle-Male-Lösungen gibt. Das trifft insbesondere für die komplexen Probleme der Entspannungs- und Sicherheitspolitik zu. Ungeduld ist zwar verständlich; doch schafft sie in aller Regel mehr Unfrieden als Frieden, mehr Unsicherheit als Sicherheit. Der Appell an die Angst muß die Bedrohung dramatisieren und neue Feindbilder aufbauen. Er irrationalisiert das politische Klima, wo nur bemühte Rationalität zu mehr Sicherheit für alle führen kann.